

Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung

Info-Tel: 36 14 15 14 www.buergerbegehren-ol.de info@buergerbegehren-ol.de

An die Presse
in Oldenburg und Umland

PRESSEMITTEILUNG

Oldenburg, 20. Juni 2006

Die große Hast beim ECE-Projekt führt zu formellen Fehlern beim Bebauungsplan - Einwendungen von Bürgern blieben unberücksichtigt

In der gestrigen Sitzung des Bauausschusses stimmten die Ausschußmitglieder der SPD- und FDP-Ratsfraktionen trotz des heftigen Widerstandes der Oldenburger Bürgerinnen und Bürger und trotz offensichtlicher Mängel bei der gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung für die Bebauungspläne, die im Oldenburger Schloßareal u.a. den Neubau eines ECE-Einkaufszentrums samt Parkhochgarage und ein neues Stammhaus für die Landessparkasse zu Oldenburg vorsehen.

In der Ausschußsitzung wurde gerügt, daß zahlreiche Stellungnahmen von Bürgern, die fristgerecht während der Auslegung der Bebauungsplanentwürfe eingereicht worden sind, nicht in den – von der Verwaltung erstellten – Kurzfassungen aufgenommen worden sind. Entsprechende Belege wurden der Verwaltung von Vertretern der Ratsfraktion Bündnis90/Grüne übergeben.

Wohl der großen Eile bei diesem ECE-Projekt geschuldet hat die Verwaltung zwar die Namen der Bürger in den Beschlußunterlagen aufgeführt, jedoch in mehr als acht Fällen die Stellungnahmen der Bürger weder inhaltlich erfaßt noch inhaltlich wiedergegeben. Es handelt sich bei diesen bisher entdeckten Fällen nicht um sog. Masseneinwendungen, sondern um abwägungsrelevante Anregungen zu den Bebauungsplanentwürfen.

Die gestern auf den Weg gebrachten Bebauungspläne, über die der Rat am 26. Juni 2006 abstimmen wird, leiden damit unter einem beachtlichen Mangel, der höchstwahrscheinlich zur formellen Rechtswidrigkeit der Satzung führen wird:

Alle fristgemäß vorgebrachten Anregungen der Bürgerinnen und Bürger muß die Stadt prüfen. Wie Stadtbaurat Dr. Pantel in der Sitzung selbst erkannte, kommt es bei der Frage der rechtmäßigen Prüfung der Anregungen der Bürger nicht darauf an, ob der jeweilige Name zutreffend wiedergegeben wird, sondern die inhaltlichen Argumente in der Einwendung. Genau dies wurde von Verwaltung und Ausschußmehrheit trotz deutlicher Rüge versäumt. Fehler bei der Zusammenstellung und Bewertung der Anregungen von Bürgern sind nach § 214 BauGB beachtlich, insbesondere wenn die Mängel der Stadt bekannt waren.

Die Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung ist erstaunt, daß sowohl Verwaltungsspitze als auch SPD-/FDP-Ausschußmehrheit über den ECE-Bebauungsplan trotz offensichtlicher Mängel – die im übrigen durch Vertagung der Sitzungen hätten behoben werden können – beschließen lassen will.

Mit freundlichen Grüßen

f.d. Initiative

(Walter Lück, Sprecher) (Shenja Schillgalis, Sprecherin)

Die Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung wird vertreten durch
Walter Lück und Shenja Schillgalis

Kontoverbindung: Shenja Schillgalis/BI gegen Stadtzerstörung Kto.33 33 95 00 BLZ 280 602 28
(Raiffeisenbank Oldenburg eG) Verwendungszweck: Bürgerbegehren